

Zwischen neuen Chancen und alten Hemmnissen

Aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen und die Aufgaben der politischen Erwachsenenbildung

Wolfgang Sander

Die Überschrift bringt die zentrale These dieses Beitrages zum Ausdruck: Es gibt neue gesellschaftliche Entwicklungen, die für die politische Bildung Herausforderungen, aber auch Chancen mit sich bringen – und es gibt alte Hemmnisse, die die Wahrnehmung dieser Chancen erschweren.

geordnet und in sinnvolle Zusammenhänge gebracht werden können. Politische Bildung hätte die Aufgabe, gewissermaßen Schneisen durch das Dickicht medial vermittelter Informationen zu schlagen.

Den Dialog fördern

Nicht nur mit Blick auf Zuwanderung aus anderen Staaten, auch mit Blick auf unterschiedliche Mentalitäten, historische Erfahrungen und Alltagskulturen im vereinigten Deutschland hat politische Bildung eine „interkulturelle Bildungsaufgabe“⁴. Auch wenn es für die deutsche Vereinigung gute historische Gründe und legitime aktuelle Bedürfnisse gegeben hat: Nicht einfach „ein Volk“, sondern zwei Gesellschaften sind am 3. Oktober 1990 in einem Staatswesen zusammengekommen.

Die Erwachsenenbildung könnte in dieser Situation ihre Aufgabe darin sehen, interkulturelle Begegnung zwischen Deutschen-Ost und Deutschen-West zu ermöglichen – im persönlichen, auch streitigen Gespräch⁵, aber auch mittelbar, durch die Repräsentation „östlicher“ und „westlicher“ Sichtweisen in Lernmaterialien.

Der Regression in den Nationalismus entgegenwirken

Der Nationalismus stellt in Europa wieder eine reale politische Gefahr dar. Die Gefährlichkeit wie der

Nation als Mythos

historisch regressive Charakter dieser Bewegungen sind besonders deutlich in Osteuropa spürbar – aber auch im Westen und auch in Deutschland mehrten sich die nationalen Töne.

Politische Bildung ist ein aufklärerisches Geschäft. Sie kann nicht übersehen, daß die neuere historische Forschung die ganze Fragwürdigkeit des Begriffs der Nation herausgearbeitet hat: „Es handelt sich bei der Nation um einen politischen Mythos. Als soziale Wirklichkeit ist sie die Gemeinschaft derer, die an diesen Mythos glauben“⁶. Mythen zu verbreiten kann aber nicht Aufgabe der politischen Bildung sein. Eher kommt es darauf an, Mythen kritisch zu befragen, also etwa danach zu fragen, welche Rolle der Nationalismus als modernes „Opium für das Volk“ bei der Ablenkung von inneren Spannungen, Disparitäten und Konflikten der Gesellschaft spielt.

Ein zentraler inhaltlicher Fokus bei der Auseinandersetzung mit dem neuen Nationalismus dürfte in den nächsten Jahren die europäische Integrationspolitik sein – ein Themenfeld, das über lange Jahre von der politischen Bildung sträflich vernachlässigt wurde und zum Teil noch wird und das nun, nach der Asyldebatte, zum wichtigsten Agitationsfeld der neuen Rechten zu werden droht.

Zur Freiheit ermutigen

Regressionen, individuelle und kollektive, haben auch zu tun mit der Suche nach Sicherheit und Geborgenheit angesichts der Zumutungen der Freiheit. Die Freiheit, seinen eigenen Verstand zu benutzen, erfordert Mut, wie Immanuel Kant schon wußte.

Tatsächlich gibt es in der modernen Gesellschaft eine neue Furcht vor der Freiheit⁷, die sich nicht nur in der nationalistischen Regression, sondern auch in anderen Fundamentalismen und Heilslehren niederschlägt. Politische Bildung wird hier kaum therapeutisch, wohl aber präventiv wirken können – indem sie als Teil der politischen Kultur ein Klima fördert, das der rationalen Auseinandersetzung mit den Problemen der modernen Gesellschaft förderlich ist, und indem sie ihren Teilnehmerinnen und Teilnehmern „Mut zur Erkenntnis“⁸ vermittelt – also in konkreten Lernsituationen die Erfahrung ermöglicht, daß eigenes Nachdenken lohnt und daß man sich in Gesellschaft und Politik mittels des eigenen Verstands orientieren kann, ohne auf Mythen zurückgreifen zu müssen.

Für die Lernenden nützlich sein

Zu den derzeit zu beobachtenden Modernisierungsprozessen gehören auch grundlegende Ver-

änderungen in der Arbeitsorganisation in Unternehmen, die zu neuen Qualifikationserfordernissen geführt haben. Dies kann hier nicht im einzelnen erörtert werden; für die politische Bildung ist dieser Prozeß insofern von Bedeutung, als Qualifikationen, die durch politische Bildung vermittelt werden können, nun auch eine berufliche Relevanz erhalten⁹.

Wenn es zutrifft, daß „industriell-betriebliches Handeln öffentlichkeitsabhängig und diskursiv“¹⁰ wird, daß somit Unternehmen immer mehr davon abhängig werden, wie sie in einer kritischen Öffentlichkeit wahrgenommen werden, dann wird politische Urteilsfähigkeit auch zu einer für berufliches Handeln wichtigen Qualifikation.

Alte Hemmnisse

Das Image der Belehrung

Der Verdacht, daß politische Bildung dazu dienen solle, entsprechende Gefolgschaften zu gewinnen, dürfte noch immer ein gewichtiges Hindernis für die Teilnahme an politischen Bildungsveranstaltungen sein. Aktuell gilt dies besonders in den neuen Bundesländern. Zwar hat sich in den wohl meisten Fällen die pädagogische Praxis von einem solchen Verständnis von politischer Bildung weit entfernt. Dennoch: Mancherorts existiert bei Pädagogen, vor allem aber bei den Trägern, noch die Vorstellung, politische Bildung müsse letztlich zu dem Träger genehmen Zielen führen.

Im Kern ist dies eine vordemokratische, in den sozialen Auseinandersetzungen des 19. Jahrhunderts wurzelnde Sicht von politischer Bildung, denn die Teilnehmenden erscheinen in ihr letztlich als Verfügungsmasse, nicht aber als Individuen mit dem Recht auf eigene Urteilsbildung. Genau um die Befähigung zur Wahrnehmung dieses Rechts geht es aber in einer demokratischen politischen Bildung.

Die Flucht aus der Politik

„Gibt's da nicht ein Spiel zu?“, so lautete der – selbstironisch gemeinte – Titel einer Tagung zu Zielen und Aufgaben politischer Bildung im vergangenen Jahr.

Spätestens seit den 80er Jahren gibt es in der Bundesrepublik in der Erwachsenenbildung einen Trend zur Flucht aus der Politik, zur Konzentration auf lebensweltliche, psychologische, als „ganzheitlich“ ausgewiesene, vielfach aber faktisch ent-rationalisierte Zugänge¹¹.

Was vordergründig marktgängig zu sein scheint, kann sich auf längere Sicht für die politische Bildung als tödlich erweisen: Sie wird unattraktiv,

weil sie ohne ihren spezifischen Gegenstand – eben Politik – unerkennbar und verwechselbar wird, ganz nett vielleicht, aber bedeutungslos¹².

Die Abkoppelung von der Wissenschaft

Der politischen Erwachsenenbildung mangelt es an einer systematischen Vernetzung mit der Politikwissenschaft und der Politikdidaktik. Einen trägerübergreifenden fachlichen Diskussionszusammenhang zur außerschulischen Bildung gibt es nur in rudimentären Ansätzen, eine politikdidaktisch profilierte Aus- und Fortbildung für die in der außerschulischen politischen Bildung tätigen MitarbeiterInnen existiert faktisch nicht.

Die Politikdidaktik als universitäre Disziplin hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten fast ausschließlich auf die schulische politische Bildung spezialisiert, was durch problematische gesetzliche Regelungen in vielen Landeshochschulgesetzen, die für die Besetzung entsprechender Lehrstühle mehrjährige Schulpraxis fordern, begünstigt wird.

Die Erwachsenenbildung als Wissenschaftsdisziplin kann dieses Defizit nur unzureichend kompensieren, weil sie ein breiteres Forschungsfeld abdeckt und viele der in dieser Disziplin tätigen WissenschaftlerInnen andere Forschungsinteressen verfolgen.

Die außerschulische politische Bildung ist, wissenschaftssystematisch gesehen, in ein Loch zwischen Erwachsenenpädagogik und Politikdidaktik gefallen. Die Folge ist eine nur unzureichend ausgebildete professionelle Identität. Es wäre dringend wünschenswert, in Kooperation zwischen einer sich für außerschulische Praxisfelder öffnenden Politikdidaktik, der Politikwissenschaft und der Erwachsenenpädagogik Lehr- und Forschungszusammenhänge für die politische Bildung neu zu etablieren.

Das ungenügende Marketing

Die politische Erwachsenenbildung bewegt sich auf einem Markt, ob sie dies so wahrnimmt oder nicht; sie konkurriert ständig mit ungezählten anderen Möglichkeiten, wie Erwachsene ihre Freizeit gestalten können. Gleichwohl gelten Marketing-Überlegungen bei politischen Bildnern vielfach als verpönt. Dabei gäbe es an der Präsentation politischer Bildung vieles zu verbessern: die häufig unklaren Angaben in Ausschreibungen darüber, was denn in der Veranstaltung konkret gelernt werden kann, warum jemand diese Ver-

staltung besuchen sollte; die oft schlampige grafische Gestaltung des Werbematerials; die unsäglich Kopier-Unkultur in den Kursen und Seminaren. Es muß sich vielerorts die Einsicht erst noch durchsetzen, daß Teilnehmerorientierung bereits mit der Ansprache der Noch-Nicht-TeilnehmerInnen beginnt.

Ausblick: Die Attraktivität politischer Bildung

Politische Bildung hat neue Chancen. Sie kann durchaus Attraktives anbieten: Orientierungshilfe im Informationsdschungel etwa, Ermutigung zum eigenständigen Urteil (und die Vermittlung der dafür notwendigen Fähigkeiten), aber zunehmend auch beruflich verwertbare Qualifikationen. Es gibt allen Grund für die politische Bildung, sich in der Öffentlichkeit offensiver und mit mehr Selbstbewußtsein zu präsentieren, als dies vielfach geschieht.

Anmerkungen

- 1 Vgl. J. Habermas: Die Neue Unübersichtlichkeit. Frankfurt/M. 1985
- 2 Vgl. U. Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M. 1986; ders.: Die Erfindung des Politischen. Frankfurt/M. 1993
- 3 Ein Beispiel: 1992 fühlten sich 71% der 15- bis 24jährigen in Deutschland über die Europäische Gemeinschaft „überhaupt nicht gut“ oder „nicht sehr gut“ informiert (vgl. T. Henschel: Europabewußtsein Jugendlicher in West- und Ostdeutschland 1992. Mainz 1993)
- 4 Vgl. H. Tietgens: Erwachsenendidaktische Überlegungen zur Wiederbegegnung. In: G. Strunk u.a.: Wiederbegegnung. Herausforderungen an die politische Bildung. Frankfurt/M. 1990, S. 74
- 5 Vgl. R. Hanusch: Gemeinsam denken lernen. Politische Erwachsenenbildung als Vorreiterin im Prozeß der inneren Einigung. München 1992
- 6 M. Hättich: Kann Verfassungspatriotismus Gemeinschaft stiften? In: G. Behrmann/S. Schiele (Hrsg.): Verfassungspatriotismus als Ziel politischer Bildung? Schwalbach 1993, S. 26
- 7 Vgl. K. Fritzsche/H. Knepper: Die neue Furcht vor der Freiheit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34/1993
- 8 Vgl. K. Ahlheim: Mut zur Erkenntnis. Über das Subjekt politischer Erwachsenenbildung. Bad Heilbrunn 1990
- 9 Vgl. W. Sander: Berufliche Bildung und politische Urteilsfähigkeit. In: Hessische Blätter für Volksbildung 3/1991
- 10 Beck, Die Erfindung des Politischen, a.a.O., S. 200
- 11 Vgl. u.a. K.-P. Hufer: Die neue Subjektivität – ihre Bedeutung für die Politische Bildung. In: U. Sarcinelli u.a.: Politikvermittlung und Politische Bildung. Bad Heilbrunn 1990
- 12 Dies spricht selbstverständlich nicht gegen multiperspektivische didaktisch-methodische Zugänge zum Politischen, die auch emotionale und lebensweltliche Kontexte berücksichtigen – aber es muß eben um Zugänge zum Politischen gehen.

Vernetzung mit Wissenschaft

Orientierung mittels des Verstandes